

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Impressum	1
Begegnungen in Palästina – ein Reisebericht	2
Termine pax christi 2011	4
Das Kairos Palästina Dokument – ein Interview	5
Weihnachtsgruß	7
Deutsche Rüstungsexporte – ein skandalöser Rekord	8
Wandern und Wundern! 32. Pax Christi-Route regionale der Bistumsstelle Essen	9
Bilanz des Antiterrorkrieges – Bundeswehr raus aus Afghanistan?	10
Kein Verteidigungsbedarf	13
Afghanistan: „Vernetzte Sicherheit“ – Militarisierung der Hilfe	14
Solidarität mit den Christen im Irak	15
Korrespondentenberichte KNA: Essener schweigen für den Frieden	16
Zum Schweigemarsch „Solidarität mit den Christen im Irak“ am 30.11.2010 in Essen	17
Buchbesprechung: Jürgen Rose, Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt?	18
Seitenwechsel 2010/2011 – Neue Freiwillige für Norte Portosí	19
Caripuyo vom 14. September bis zum 12. Oktober	20

IMPRESSUM

DIE TAUBE ist das offizielle Mitteilungsorgan der pax christi Bistumsstelle Essen für Mitglieder und Interessenten.

www.essen.paxchristi.de

Herausgeber:

pax christi im Bistum Essen, c/o Norbert Richter, Poschfuerhöhe 10, 45276 Essen

Layout: Angelika Büchse

Bankverbindung: Bank im Bistum Essen

BLZ: 36060295, Konto: 799 200 10

Begegnungen in Palästina – ein Reisebericht

Vom 11.-21. Oktober 2010 konnte ich an einer von IPPNW und pax christi in Zusammenarbeit mit dem Arab Educational Institute in Bethlehem organisierten Begegnungsfahrt teilnehmen. Hier ein kurzer Bericht:

Nach unserer ersten Nacht im Ritz-Hotel in Ostjerusalem treffen wir in Bethlehem unsere Gastgeber für die Dauer unseres Aufenthalts: eine muslimische, sonst christliche Familien unterschiedlicher Konfessionen. Wir werden sehr herzlich aufgenommen und haben immer wieder das Gefühl, dass die Menschen sich wirklich über unser Kommen freuen. So können sie etwas von der Welt da draußen hören und von sich erzählen.

Natürlich werden wir auch - soweit möglich – der gesamten Großfamilie vorgestellt. In unserem Fall sind das zwei verheiratete Töchter, eine davon mit dem ersten Enkelkind und mit Zwillingen schwanger, eine weitere Tochter lebt zur Zeit mit ihrem Mann arbeitsbedingt in Qatar, die vierte Tochter Jenny (16) ist noch zu Hause. Gastgeschenkmäßig sind wir nicht gut vorbereitet. Aber wir haben sowieso keine Chance: Am Ende reisen wir mit mehr Geschenken wieder ab als wir mitgebracht haben.

Unser Programm ist vollgepackt mit Treffen und Gesprächen mit NGOs und Privatleuten in Bethlehem, Kalkyia, Ramallah, Hebron und Orten auf dem Weg. Fast immer begleiten uns äußerst fachkundige und engagierte „Reiseleiter“. Einer von ihnen, Jamal Jumar, der Organisator der palästinensischen Stop-

the-Wall-Kampagne, verbrachte wegen seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit den Demonstrationen in Bil'in in diesem Jahr 4 Wochen im Gefängnis.

Ab und zu sind touristische Aktivitäten eingestreut, z.B. die obligatorische Führung durch die Geburtskirche und angrenzende Katharinenkirche der Franziskaner oder der Badeausflug zum Toten Meer zusammen mit unseren Gastfamilien. Aber diese bilden – zumindest ist das mein Empfinden – eher Fremdkörper in unserem Programm. Angesichts der vielfältigen bedrückenden und aufwühlenden Nachrichten fällt es schwer, diese Erholungspausen tatsächlich zu genießen.

Natürlich gibt es Kontrollen: am Flughafen oder bisweilen an den Checkpoints oder bei einer Toilettenpause, für die unser palästinensischer Bus offensichtlich diese Tankstelle nicht anfahren durfte, obwohl wir uns in der Westbank befinden. Trotzdem fühlen wir als Besucher uns nie direkt bedroht oder gefährdet.

Wir sehen aber entweder selbst oder hören von unseren Gastgebern von so vielen Menschenrechtsverletzungen und Gewaltakten, dass ich die massivsten davon kurz schildern möchte:

- Auf dem Krippenplatz in Bethlehem protestieren muslimische Frauen stumm gegen die Inhaftierung ihrer Ehemänner, Söhne, Brüder... Sie tun dies, indem sie Bilder ihrer Angehörigen hochhalten. Die



Protest muslimischer Frauen gegen die Inhaftierung ihrer Männer



Die Zufahrt zu Daouds Weinberg

Aktion wird von einigen ehemaligen Gefangenen, dem Bürgermeister von Bethlehem und dem Verwaltungschef begleitet. Wir kommen zufällig vorbei und sie erklären uns ihr Anliegen. Zur Zeit sind zwischen 7500 und 8000 Palästinenser als politische Gefangene in israelischen Gefängnissen inhaftiert, die jüngsten von ihnen 12 Jahre alt. Am nächsten Morgen hören wir, dass in der Nacht acht Männer in Bethlehem vom israelischen Militär verhaftet wurden. Ob es einen Zusammenhang gibt, weiß ich nicht.

- Wir besuchen Daouds Weinberg bei Nahalin, auch unter dem Namen Tent of Nations bekannt, und erfahren von den Problemen der Familie Nassar, trotz vorhandener Besitzurkunden ihren Anspruch auf dieses Land gegenüber den israelischen Behörden geltend zu machen. Diese verlangen eine neue Vermessung des Landes; die hierfür und für andere Gerichtstermine anfallenden Kosten von mehr als \$ 15 000 können die Nassars nur dank internationaler Hilfe aufbringen. Während dieses Schwebezustands erhalten sie keine Baugenehmigungen, sie können nicht einmal ein Dach reparieren; bei jeder kleinsten Zuwiderhandlung droht die Zerstörung des gesamten Anwesens. Ende Mai 2010 wurden 9 Abrissverfügungen erlassen; nur Dank internationalen Drucks wurden diese nicht ausgeführt. In der Zwischenzeit erweitern die Nassars die schon vorhandenen Höhlen und empfangen dort Besuchergruppen wie die unsere. Während der Sommercamps für palästinensische Kinder und Jugendliche aus aller

Welt werden Zelte aufgestellt. Die Zufahrtsstraße ist durch Steine blockiert. Wir gehen einfach das letzte Stück zu Fuß, für die Familie bedeutet das, dass sie alle Waren, Lebensmittel, Maschinen usw. umladen müssen. Am Tag nach unserem Besuch erfahren wir von unseren Gastgebern, dass dort in der Gegend Olivenbäume angezündet wurden. Durch ein Telefonat können wir klären, dass Daouds Weinberg nicht betroffen ist, aber einige Nachbarn.

- Wir erleben Hebron mit all den Schikanen, denen die Palästinenser dort durch die jüdische Präsenz mitten in der Altstadt ausgesetzt sind. Unser Gesprächspartner dort ist Hisham Sharabati, ein ehemaliger Mitarbeiter des Christian Peace Maker Teams Hebron. Er erklärt uns, dass z.B. immer mehr Geschäfte geschlossen und versiegelt werden. Ein kleiner Platz wird regelmäßig für friedliche Demonstrationen benutzt. Allerdings droht die israelische Polizei den Ladenbesitzern auch hier mit der Schließung ihrer Geschäfte, falls sie nicht für ein Ende der Demonstrationen sorgen. Genau das passiert noch am gleichen Tag: Ein friedlicher Protest wird mit Wasserwerfern aufgelöst, mehrere der kleinen Läden stillgelegt.
- Wir fahren zu palästinensischen Bauern in der Nähe von Nablus um bei der Olivenernte zu helfen. Dieser Einsatz ist von den Rabbinern für Menschenrechte organisiert. Auf dem Weg dorthin erfahren wir von einem Brandanschlag auf eine palästinensische Mädchenschule in As-Sawiya und fahren zu dieser Schule. Das



Geschlossene und versiegelte Geschäfte in Hebron



Brandanschlag auf eine Mädchenschule

Feuer wurde in der Nacht in einem Lageraum gelegt. Glücklicherweise platzte die dort verlegte Wasserleitung, so dass das Wasser das Feuer löschte. Die Brandstifter hinterließen eine Botschaft: „Greetings from the hilltops“ = Grüße aus den Bergen. Ein Artikel in der israelischen Zeitung Jerusalem Post am nächsten Tag zitiert Sprecher des israelischen Militärs mit der Aussage, dies sei die gewalttätigste Olivenerntesaison seit Jahren und viele der Übergriffe würden durch radikale Siedlerjugendliche verübt, bekannt als „Hilltop Youth“.

Es gäbe noch viele Einzelheiten zu berichten von Vertreibungen, Hauszerstörungen, Behinderungen bei der Olivenernte, Landkonfiszierungen usw. Vieles davon war mir auch vor dieser Reise durchaus bekannt, z.T. auch in Einzelheiten, aber dieses Vorgehen radikaler Siedler und israelischer Behörden so direkt und hautnah zu erleben und die unmittelbar davon betroffenen Menschen zu hören, verleiht den Eindrücken eine ganz neue Qualität und Dringlichkeit.

„Wie hast du das ausgehalten?“ fragte mich ein Kollege, dem ich von meinen Erlebnissen berichtete.

Auf diese Frage gibt es zwei Antworten:

Natürlich – so banal das auch klingt – ist uns als Besuchern immer bewusst, dass wir diese verzweifelte Situation nach kurzer Zeit hinter uns lassen und nach Hause fahren werden.

Zum anderen aber sind wir so vielen bewundernswerten und mutigen Menschen begegnet, die einfach nicht aufgeben, die enorm viel Kraft, Energie, Phantasie und innere Stärke aufbringen, die sich durch noch so viele Schikanen nicht entmutigen lassen und gegen alle Widerstände weiter für ihre Rechte, ihre Identität, ihre Zukunft in diesem Land kämpfen – mit friedlichen Mitteln. Diese Menschen verdienen unsere Bewunderung, unsere Unterstützung und unsere uneingeschränkte Solidarität.

Gabriele Wulfers

Termine pax christi 2011

Gottesdienste „Frieden(s)gestalten“

- 15.01.2011 Franz Jägerstätter
- 12.02.2011 Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler
- 19.03.2011 Katharina von Siena
- 09.04.2011 Dietrich Bonhoeffer (mit anschließendem Treffen)
- 14.05.2011 Filippo Neri
- 11.06.2011 Maria-Christine Zauzich
- 09.07.2011 Dag Hammarskjöld
- 10.09.2011 Gustav Heinemann (mit anschließendem Treffen)
- 08.10.2011 Ernst Ginsberg
- 12.11.2011 Irena Sendler
- 10.12.2011 Leon Dehon (mit anschließendem Treffen)

Alle Gottesdienste finden in der Pax Christi Kirche, An Albertus Magnus 45, 45136 Essen statt.

14.01.2011, 18 Uhr, St. Gertrud Essen, Rottstr. 36, 45127 Essen, Gemeinsame Gebetsstunde der Verbände zum Weltfriedenstag „Religionsfreiheit, der Weg zum Frieden“. Anschließend Begegnung im Uhrlichhaus neben der Kirche.

16.02.2011, 19 Uhr, VHS Essen, Burgplatz 1, „Perspektiven des Nahost-Konfliktes: Iran – Israel – Palästina“, Vortrag von Clemens Ronnefeldt, Veranstaltung des Essener Friedensforums

13.03.2011, Diözesanversammlung, Ort wird noch bekannt gegeben
Unsere Generalsekretärin Christine Hoffmann wird teilnehmen und den inhaltlichen Teil mitgestalten.

25.03.2011, 19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen
Gastspiel der Berliner Compagnie „Die Verteidigung deutscher Sicherheit am Hindukusch“, Mitveranstalter pax christi im Bistum Essen
Das Theaterstück der Berliner Compagnie beleuchtet die geostrategischen und ökonomischen Hintergründe des Konflikts. Aber die wahre Geschichte der Kriege ist die Geschichte der Opfer. So steht im Zentrum des Stückes eine afghanische Familie, ihr Weg durch den mittlerweile 30jährigen Krieg. Hochsuggestiv, mit den Fakten auf seiner Seite und niemals einseitig ist das Stück doch ein einziges Plädoyer für den Ausstieg aus diesem Krieg.

Das Kairos Palästina Dokument – ein Interview

Pfarrer Dr. Jamal Khader ist Theologiedozent und Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät der katholischen Universität Bethlehem und Mitverfasser des Kairos Palästina Dokuments. Während der Begegnungsfahrt nach Palästina im Oktober 2010 (vgl. Bericht S. 5) hat Rolf-Henning Hintze, einer der Teilnehmer, in Bethlehem mit ihm folgendes Interview geführt:

Im Kairos-Dokument haben Christen erstmals einen Boykott bestimmter israelischer Produkte gefordert. Was hat zu dieser weitreichenden Forderung geführt?

Wir haben zu Sanktionen aufgerufen, weil wir in einer Sackgasse stecken. Seit 17 Jahren haben wir es mit Verhandlungen versucht, doch erreicht haben wir nichts – unser Leben ist viel schlechter als vor den

Verhandlungen. Gleichzeitig glauben wir aber nicht an die andere Alternative, die Anwendung von Gewalt, wir sind gegen Gewalt. Was also können wir tun, um diese ungerechte Situation, die die Besatzung bedeutet, zu ändern? Es geht nur durch gewaltlose Mittel, wir nennen es den gewaltlosen Kampf. Den wirtschaftlichen Boykott darin einzuschließen, ist wichtig, um Druck zu erzeugen, damit Israel das Ende der Besatzung ermöglicht. Boykott ist ein gewaltloses Mittel, das klar macht: Wir finden uns nicht mit der Besatzung palästinensischen Landes ab, ihr solltet diese Besatzung beenden. Wir rufen dazu auf, Investitionen aus Unternehmen zurückzuziehen, die die Besatzung unterstützen, wir rufen zum Boykott von Produkten aus den Siedlungen auf, weil die Siedlungen illegal sind. Sie sind auf palästinensischem Land



Teilnehmer im Gespräch mit Father Jamal im Restaurant „The Tent“

gebaut und verwenden palästinensische Ressourcen. Das Kaufen von Produkten aus palästinensischen Siedlungen unterstützt die Besatzung.

Die Sanktionen beziehen sich jedoch nicht auf Produkte aus Israel selbst?

Zuerst richten sie sich gegen Produkte aus den Siedlungen. Wir fügen aber hinzu, dass die Besetzung von Israel kommt, und Israel unterstützt die Siedlungen finanziell. Wir sind gegen die Besetzung, aber wir sind nicht gegen Israel, das sollten wir klar unterscheiden.

Wer gehörte zu der Gruppe, die das Dokument entwarf?

Es waren 15 Christen verschiedener Kirchen - Katholiken, Anglikaner, Lutheraner, Griechisch-Orthodoxe, darunter waren Bischöfe, Priester, Pastoren, Laien, Männer und Frauen, Junge und Alte. Es war eine ökumenische Gruppe, die überwiegend aus Laien bestand, das ist etwas Neues bei diesem Dokument.

An wen richtet sich dieser Aufruf?

Die erste Zielgruppe sind die christlichen Palästinenser. Wir erinnern sie an ihre Pflicht als Christen, den Konflikt zu verstehen und als Christen nach dem Gebot der Nächstenliebe zu reagieren und sich für Gerechtigkeit einzusetzen. Darüber hinaus hatten wir die Kirchen weltweit im Sinne, denn wir glauben, dass sie uns viel Unterstützung – keine finanzielle Unterstützung – geben können, die Besetzung palästinensischen Landes zu beenden und gegenüber allen zu klären, wie wir den Konflikt sehen. Es ist kein Kampf zwischen der westlich-zivilisierten Welt und islamischem Terrorismus, das ist nicht die Realität. Realität ist, dass es Besatzung gibt, Israel besetzt palästinensisches Land. Wir wollen Frieden, aber Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit. Wir wollen ein Ende der Besatzung, um eine bessere Situation zu schaffen, wo alle, Palästinenser und Israelis in Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit leben.

Wenn Sie Wirtschaftssanktionen fordern, dann betrifft das alle, die mit Israel Handel treiben. Europa wäre da wohl besonders angesprochen?

Der erste Markt der israelischen Siedlungen ist Palästina. Die palästinensische Regierung ermutigt die Bevölkerung jetzt, Produkte aus den Siedlungen zu boykottieren. Die Regierung hat eine Kampagne begonnen, die Menschen zu überzeugen, solche Produkte nicht zu kaufen. Der erste Markt ist die Westbank, das sind etwa 500 Millionen Dollar jährlich. Wir können nicht den Zustrom dieser Produkte in die palästinensischen Gebiete einschränken, aber wir können sie boykottieren, zuallererst betrifft es also uns. Wir sind es, die mit dem Boykott von Produkten aus den Siedlungen anfangen sollten, ja, und dann natürlich überall in der Welt. Wenn man feststellt, dass ein Produkt auf dem europäischen Markt durch Kinderarbeit hergestellt wird, dann kann man es aus ethischen Gründen nicht kaufen und sollte es boykottieren. Und wenn man weiß, dass ein Produkt aus den illegalen Siedlungen auf palästinensischem Land stammt, ermutigt man, indem man solche Produkte kauft, die Ungerechtigkeit, die Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Solche Produkte nicht zu kaufen, ist ethisch.

In vielen Fällen dürften Alternativen in Palästina aber wohl schwierig zu finden sein.

Das stimmt. Aber wir haben einige palästinensische Fabriken, und damit sollten wir beginnen. Wir können auch Produkte aus anderen Ländern vorziehen und manchmal auf Produkte auch ganz verzichten. Selbst wenn wir darunter zu leiden haben, ziehen wir das einer Unterstützung jener Siedlungen vor. Grundnahrungsmittel haben wir genügend in Palästina.

Europa hat aber viele andere Optionen und würde das kaum merken, es könnte daher Unterstützung leisten. Beispielsweise bei den Wassersprudlern der Firma Soda Club.

In England hat man damit begonnen, Produkte aus den Siedlungen zu kennzeichnen. Das Ursprungsland der Produkte muss angegeben sein, damit die Menschen erken-

nen können, diese Produkte kommen aus den Siedlungen. Das ist wichtig.

Ein Grundgedanke des Kairos-Dokuments ist es, dass Sicherheit für Israel nicht mit Besatzung möglich sei.

Wenn wir das Ende der Besatzung fordern, dann zuerst, weil wir Gerechtigkeit für die Palästinenser wollen. Die Palästinenser haben das Recht auf einen eigenen Staat, in dem sie in Frieden leben und über ihre eigene Zukunft bestimmen. Zugleich fordern wir aber auch Sicherheit für Israel, denn das ist sein Recht. Warum Israel nicht in Sicherheit lebt, ist die Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Wie kann man frei und glücklich leben, wenn dein Nachbar deinetwegen leiden muss? Und diese unterdrückten Menschen sollen nicht reagieren? Deshalb: Ja, wir sind an der Sicherheit Israels interessiert, aber das Mittel, um das zu erreichen, ist nicht die Mauer. Sicherheit für Israel gibt Gerechtigkeit für die Palästinenser und eine gute Nachbarschaft.

Bedeutet ein Ende der Besatzung, dass Israel die Siedlungen aufgeben muss?

Einige Siedlungen im Herzen der Westbank müssen aufgegeben werden, ja, sonst ist kein palästinensischer Staat möglich. Andere Siedlungen könnten bestehen bleiben, die palästinensische Regierung ist offen für einen Gebietsaustausch. Lösungen sind möglich, wenn die Besatzung beendet wird.

Es gibt eine Fülle von anderen Fragen, aber es wird ein Paradigmenwechsel sein, ein grundlegender Wechsel, der die Lösung aller anderen Fragen ermöglicht. Siedler könnten auch weiterhin in einem palästinensischen Staat leben, ich sehe da keine Probleme, wenn sie damit einverstanden sind, in einem palästinensischen Staat zu leben.

Die deutschen Kirchen waren bisher sehr zögerlich mit ihren Reaktionen, wohl wegen der deutschen Geschichte?

Wir sind in Kontakt mit ihnen und wir verstehen das Zögern der deutschen Kirchen aufgrund der deutschen Geschichte. Der Boykottaufruf stieß auf Kritik, aber bitte sehen Sie den Unterschied zwischen Juden in Europa und Palästinensern unter israelischer Besatzung, das ist eine grundverschiedene Situation. Was in der Vergangenheit in Europa geschah, war furchtbar und darf sich niemals wiederholen. Wir sind gegen jeglichen Antisemitismus. Dies hier ist jedoch eine umgekehrte Situation, wo Christen unter israelischer Herrschaft über die Westbank leiden. Das ist total anders und lässt sich nicht vergleichen. Wir ermutigen die deutschen Kirchen, mehr Mut zu zeigen. Was wir wollen ist Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung.

Rolf-Henning Hintze

Sagt es leise weiter;
sagt allen, die sich fürchten,
sagt leise zu ihnen:
Fürchtet euch nicht,
habt keine Angst mehr,
Gott ist da.
Er kam in unsere Welt,
einfach, arm, menschlich.
Sucht ihn, macht euch auf den Weg!
Sucht hat ihn nicht über den Sternen,
nicht in Palästen,
nicht hinter Schaufenstern.

Sucht ihn dort, wo ihr arm seid,
wo ihr traurig seid und Angst
habt.
Da hat er sich verborgen,
da werdet ihr ihn finden,
wie einen Lichtschein im dunk-
len Gestrüpp,
wie eine tröstende Hand,
wie eine Stimme, die leise sagt:
Fürchte dich nicht.

(Peter Horst)

**pax christi im Bistum Essen wünscht Euch und Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit!
Für den Sprecherkreis**

Norbert Richter

Deutsche Rüstungsexporte – ein skandalöser Rekord

Auszüge aus dem Redebeitrag von Alfred Keienburg auf der Kundgebung des Essener Friedensforums zum Antikriegstag am 1.09.2010 in Essen

Deutschland ist mit weitem Abstand Europameister im Rüstungsexport und hat sich 2008 - nach den USA und Russland - auf Platz drei der größten Rüstungsexporteure dieser Welt „nach oben“ gearbeitet. Innerhalb eines Jahres hat es die deutsche Rüstungsindustrie geschafft, die Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter um 2 Mrd. Euro auf 5,78 Mrd. Euro in 2008 zu steigern. (Quellen: letzter Rüstungsexportbericht 2009 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) sowie Daten des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI).

Deutsche Firmen gehören mit zu den größten Rüstungskonzernen dieser Erde. Allen voran die Daimler AG, die mit 22,5% an EADS beteiligt ist und zusammen mit der französischen Sogade über die größten Stimmrechtsanteile dieses Konzerns verfügt (auf Platz 7 im Jahr 2007). Unter den Top 100 rangierten 2007 Rheinmetall (Platz 29), Thyssen-Krupp (39), Krauss-Maffei Wegmann (42), Diehl (58) und MTU Aero Engines (69). Wie geschmiert verkaufen sich Panzer vom Typ Leopard-2A4, U-Boote des Typs 214 (teilweise im Ausland in Lizenz gefertigt), Kampfhubschrauber (in Kooperationen produziert), der „Eurofighter“, Tankflugzeuge und Drohnen, Granatwerfer und Sturmgewehre des Typs G36.

Nach Berechnungen von Jürgen Grässlin, einem der Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen (DFG-VK), ist Heckler und Koch das deutsche Unternehmen, durch dessen Schusswaffen seit seiner Gründung 1949 bis heute weltweit rund 2 Mio. Menschen zu Tode gekommen sind. Alle 14 Minuten stirbt ein Mensch durch eine Heckler & Koch Waffe. Gem. Schätzungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) kommen 63% aller Kriegstoten durch Gewehr- und Granatpatronen ums Leben.

Von 36 Staaten, die nicht-nukleare U-Boote im Einsatz haben, stammen mehr als die Hälfte aus deutscher Produktion. Die Nachfrage nach deutschen U-Booten ist so groß, dass die Howaldtswerke Deutsche Werft GmbH in Kiel bis 2017 mit Rüstungsaufträgen ausgebucht sind.

Völlig im Widerspruch zu den „Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ wurden Waffen an Staaten geliefert, in denen interne Gewaltkonflikte herrschen (z. B. Afghanistan, Türkei, Kolumbien), in denen die Menschenrechtssituation als sehr schlecht eingestuft werden muss (z. B. Angola, Nigeria, Saudi-Arabien), Selbst an Staaten, die kriegerische Konflikte untereinander austragen (z. B. Indien und Pakistan) wurden Waffen geliefert.

Alle im Rüstungsexportbericht enthaltenen Waffenexporte sind von unseren staatlichen Stellen offiziell per Ausfuhrgenehmigung legitimiert. Alles ist ganz legal. Bei brisanten Rüstungsexporten (wie den vorgenannten) entscheidet der Bundessicherheitsrat, ein 9köpfiges Gremium, angeführt von der Bundeskanzlerin, geheim hinter verschlossenen Türen. Es ist kein Geheimnis, dass bei Rüstungsexporten die Bundesregierung ihre eigenen Grundsätze permanent missachtet. Sie begründet dies regelmäßig mit ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik.

Alfred Keienburg

Wandern und wundern!

32. Pax Christi-Route regionale der Bistumsstelle Essen

Neun Tage durch Thüringen, das grüne Herz Deutschlands: Was alles ist dort geschehen! Wie viele berühmte Leute kommen von dort! Auf unserer Wanderroute 21.-29. August 2010 konnten wir in jedem Orte, in dem wir Rast gemacht haben, nur staunen.

Eisenach (21.08.): Luther hat hier die Lateinschule besucht und auf der Wartburg das Neue Testament übersetzt; J.S. Bach ist in Eisenach geboren und getauft worden; die SPD hatte hier 1869 ihren Gründungsparteitag. Durch die Drachenschlucht und über den Kamm des Thüringer Waldes nach Möhra (22.08.): Stammort der Familie Luther; bis heute leben hier noch Nachkommen. Bad Liebenstein (23.08.): wie an manchen anderen Orten auch, ein gutes kath. Pfarrheim, das mit Geldern des Bonifatiuswerkes gebaut worden ist; nicht weit entfernt der Luthergrund, wo man den Reformator 1521 auf der Rückreise vom Reichstag in Worms „entführt“ hat. Über den Rennsteig und den Großen Inselsberg hinüber nach Friedrichroda (24.08.): in der Nähe haben im 17./18. Jahrhundert die Reformpädagogen Salzmann und Guthsmuths gewirkt. Mit der Thüringer Waldbahn nach Gotha (25.08.): nach dem 30-jährigen Krieg wurde hier Schloß Friedensstein, der erste große Barockbau in Deutschland, errichtet; hier kam es 1875 zum Vereinigungsparteitag der SPD. Dann (26.08.) Wechmar: Ursprungsort der Musikerfamilie Bach, und Ohrdruf: J.S. Bach, Vollwaise, lebt und lernt bei seinem Bruder. Vorletzte Station Arnstadt (27.08.): Bach's erste Organistenstelle. Zum Abschluss Erfurt (28/29.08.) mit seiner Altstadt, den vielen Kirchen und Klöstern: Meister Eckhart hat hier gelehrt; Luther wurde Mönch bei den Augustinern; die SPD gab sich 1891 das Erfurter Programm.

Neun Tage durch Thüringen – das war nicht nur eine Wanderung durch eine schöne

Landschaft, sondern auch ein Gang durch die deutsche Geschichte, zumal manche Teilnehmer Referate (Geologie, Historie, Musik), Stadt- und Kirchenführungen sowie Gottesdienste (Elisabeth) vorbereitet hatten. Mit 26 Personen waren wir unterwegs; überall sind wir freundlich aufgenommen worden: in einer evangelischen Schule, von einem Sportverein, in katholischen und evangelischen Pfarrheimen und einer Studentenbourse.

Wer bei einem Nachtreffen die Pax Christi-Routiers kennenlernen möchte, ist herzlich eingeladen, am Sonntag, 20.02.2011, 16:00 Uhr, nach Mülheim-Styrum zu kommen (Jugendheim der kath. Gemeinde Mariae Rosenkranz, Marienplatz 1). Es gibt Kaffee und Kuchen, und man wird neue Reisepläne schmieden.

Meinolf Demmel



Die pax christi-Gruppe vor dem Lutherdenkmal in Möhra

Foto: Cornelia Kittel

Bilanz des Antiterrorkrieges – Bundeswehr raus aus Afghanistan?

Informationsveranstaltung am 15.09.2010

Gut besucht war die gemeinsame Informationsveranstaltung des Essener Friedensforums und der Essener Volkshochschule am 15. September 2010 in der VHS am Burgplatz, bei der Dr. Peter Strutynski, Kassel; Politikwissenschaftler, Friedensforscher und Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, prägnant und sachkundig, mitunter provokant, Bilanz des nunmehr neunjährigen Antiterrorkrieges zog. Dem Vortrag folgte eine sehr engagierte Diskussion, die davon profitierte, dass sich sehr authentisch Menschen aus Afghanistan beteiligten, die inzwischen im Ruhrgebiet leben. Nachfolgend einige wichtige Aussagen des Referenten (zum größten Teil zitiert aus der schriftlichen Fassung eines ähnlichen Vortrages):

Einsatz der Bundeswehr zur Durchsetzung ökonomischer Interessen

Der später zurückgetretene Bundespräsidenten Horst Köhler hatte im Mai 2010 nur zum Ausdruck gebracht, was zum Kernbestand sicherheitspolitischen Denkens von Bundesregierungen seit 1992 gehört. Sämtliche einschlägigen Richtlinien und Doktrinen für die „Verteidigung“ (insbesondere die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 und 2003 sowie die Verteidigungs-Weißbücher von 1994 und 2006) haben als „neue“ Aufgaben für das Militär die Sicherung der internationalen Handelswege und des freien Zugangs zu lebenswichtigen Rohstoffen formuliert – in enger Anlehnung an die Aufgabenbeschreibung der NATO bei ihrem Gipfel in Rom 1991. Diese Instrumentalisierung des Militärs für die Durchsetzung ökonomischer Interessen wurde aber nie offen diskutiert. Köhlers Äußerungen stellten einen inakzeptablen Tabubruch dar, weil der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr jahrelang mit anderen Argumenten begründet worden war: Am Hindukusch sollte nicht die Wirtschaft, sondern „deutsche Sicherheit“ verteidigt werden.

Wogegen verteidigen wir uns in Afghanistan?

Die vordergründige Antwort lautet: Gegen den internationalen Terrorismus. Dem Angriff auf Afghanistan gingen die Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA voraus und die USA konnten erreichen, dass bereits am 12. September vom UN-Sicherheitsrat eine Solidaritäts-Resolution verabschiedet wurde, in welcher der Terroranschlag verurteilt und den USA das Recht auf Verteidigung nach Art. 51 der UN-Charta zugestimmt wurde [Resolution 1368 (2001)]. Wenig später rief die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall aus, was nach Art. 5 des NATO-Vertrags von 1949 bedeutete, dass die NATO-Mitglieder den USA Beistand leisten würden – wobei es den Staaten überlassen ist, die Art der Hilfe selbst zu bestimmen.

Eine zweite Entschliebung des UN-Sicherheitsrats, die Resolution 1373 (2001) vom 28. September, verpflichtete die Staaten der Welt zu umfangreichen Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus auf dem Gebiet des Rechts, des Bankwesens, der Grenz- und Passkontrollen usw. Die Staaten wurden aufgefordert, illegale Finanztransaktionen und Geldwäsche stärker zu kontrollieren, Terrorverdächtige strafrechtlich zu verfolgen und ordentlichen Gerichten zuzuführen. Ein „Mandat“ des UN-Sicherheitsrats für eine Militärintervention gegen Afghanistan kann aus beiden Resolutionen nicht abgeleitet werden. Im Gegenteil: Die umfangreiche Resolution 1373 (2001) zählt ausschließlich polizeiliche und juristische, also zivile Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf. Terrorismus ist Schwerstrafbarkeit und muss mit Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden.

Nachträgliche Rechtfertigungen des Krieges

Ging es also zunächst ausschließlich um die Organisation dessen, was George W. Bush den „Krieg gegen den Terror“ nannte, so wurden nachträglich zusätzliche Begründungen für den Krieg nachgeschoben. Das waren vor allem: Afghanistan aufbauen und demokratische Strukturreformen durchsetzen, universelle Menschenrechte etablieren (Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Recht auf Bildung usw.), die Stellung der Frau in Afghanistan verbessern, Einsatz für Frauenrechte (Beseitigung von häuslicher Männergewalt gegen Frauen, von Zwangsverheiratungen minderjähriger Mädchen, von Bildungsdiskriminierung der Mädchen und Frauen, vom Zwang zur Ganzkörperverschleierung).

Was hat der Krieg gebracht – was ist gut in Afghanistan?

Die bereits erwähnte jüngste Resolution 1943 (2010) des UN-Sicherheitsrats zur Lage in Afghanistan verzichtet fast vollständig auf Mut machende Fortschrittsbekundungen. So wird dort die „große Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die Zunahme der gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida, anderer illegaler bewaffneter Gruppen und von Kriminellen“ zum Ausdruck gebracht. Zur Sprache kommen auch die „schädlichen Auswirkungen gewaltsamer und terroristischer Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida und anderer extremistischer Gruppen auf die Fähigkeit der afghanischen Regierung, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, Sicherheits- und grundlegende Dienste für das afghanische Volk bereitzustellen und ihm den vollen Genuss seiner Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten“.

Bez. der Verbesserung der Verhältnisse für Frauen äußerte sich Human Rights Watch (HRW) im Dezember 2009 mit der Vorlage eines Berichts ihrer Organisation. Darin heißt es u. a.: Frauen würden immer wieder Opfer von häuslicher Gewalt und Angriffen auf offener Straße. Selbst die Mörder prominenter Frauen habe die Regierung in Kabul wiederholt nicht vor Gericht gestellt. Eine

landesweite Umfrage unter afghanischen Frauen ergab zudem, dass 52 Prozent der Befragten schon einmal Opfer von körperlicher und 17 Prozent von sexueller Gewalt geworden sind. Bei mehr als der Hälfte der Eheschließungen sind die Frauen jünger als 16 Jahre. 70 bis 80 Prozent der Heiraten finden ohne die Zustimmung der Frau oder des Mädchens statt. Die Mehrheit der Mädchen geht nicht einmal in die Grundschule. Nur elf Prozent besuchen die Klassen sieben bis neun und lediglich vier Prozent die Klassen zehn bis zwölf.

Eine große Lücke klafft nach wie vor beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen. Das politische Gewicht des Parlaments erscheint hinter Ad-hoc-Beratungsgremien wie den verschiedenen vom Präsidenten einberufenen Friedens-Jirgas doch sehr reduziert. Auch die demokratische Verlässlichkeit der Präsidentschaftswahlen (2004 und 2009) sowie der Wahlen zum Parlament (2005 und 2010) ist ausgesprochen gering. Ob der amtierende Präsident Karzai bei der Wahl im August 2009 tatsächlich mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hat, ist genauso fraglich wie die Rechtmäßigkeit der Parlamentswahl 2010.

Die Analphabetenquote im Land ist von 34 % im Jahr 2001 auf 36,5 % 2008 gestiegen. Stark zugenommen hat die Unterernährung der Bevölkerung von 30% auf 39 % und die Jugend-arbeitslosigkeit ist von 26% auf 47 % gestiegen. Im Afghanistankrieg starben bisher mindestens 60.000 Menschen, darunter eine große Zahl von Zivilpersonen. Millionen von Kriegsflüchtlingen – vor allem Binnenflüchtlinge – komplettieren das Bild einer durch den Krieg zunehmend zerstörten Gesellschaft und Ökonomie. Das einzige, was wirklich blüht in Afghanistan, sind der Mohnanbau und die allgegenwärtige Korruption. Letztere treibt derartige Blüten, dass sich selbst in Kabuler Regierungskreisen niemand sicher sein kann, welcher Minister, Abgeordnete oder Militärbefehlshaber auf welcher Seite steht.

Hintergründe des Krieges

Angesichts einer solch niederschmetternden Bilanz nach einem neun Jahre andauernden Krieg, der nach Einschätzung (fast) aller mi-

litärischer Experten nicht zu gewinnen ist, stellt sich die Frage nach dem Sinn des Krieges verschärft. Was ist daran an Afghanistan, dass der Westen von seinem verlustreichen und Image schädigenden Krieg nicht lassen kann?

Dem Referenten drängten sich fünf Antworten auf, von denen jede einzelne den Krieg gewiss nicht ausreichend erklären kann. Zusammen genommen könnten sie aber doch einen plausiblen Grund ergeben, den Krieg bis zum bitteren Ende fortzusetzen.

1. Auch wenn Afghanistan ein bettelarmes Land ist, verfügt es doch über zahlreiche wertvolle Rohstoffe in großer Menge. Der Schätzwert der in Afghanistan „entdeckten“ Vorkommen an Kupfer, Lithium, Eisen, Gold und Kobalt beläuft sich laut New York Times auf rund eine Billion US-Dollar.
2. Bedeutsamer als die Rohstoffvorkommen dürfte die zentrale Lage Afghanistans als Transitland für die Beförderung von Erdöl und Erdgas aus Zentralasien sein. Schon vor Beginn des Krieges versuchten die USA in Verhandlungen mit dem damaligen Taliban-Regime, eine Öl-Pipeline aus Kasachstan durch afghanisches Gebiet nach Pakistan zu führen, um auf diesem Weg Russland zu umgehen und die Abhängigkeit von Russland zu beseitigen.
3. Afghanistan ist darüber hinaus offenbar ein wichtiges Feld auf dem „eurasischen Schachbrett“, wie Zbigniew Brzezinski den europäisch-asiatischen Doppelkontinent nennt. Die langfristige Geostrategie der USA besteht darin, ihren Einfluss über den Nahen und Mittleren Osten (Irak, Iran fehlt noch) bis nach Zentralasien (Afghanistan) auszudehnen, um auf diese Weise die entmachtete Imperialmacht Russland klein und den großen Konkurrenten China in Schach zu halten.
4. Jeder Krieg entwickelt mit zunehmender Dauer eine gewisse Eigendynamik, und nichts fällt den Regierenden der NATO-Allianz schwerer, als zuzugeben, dass der Krieg ein Fehlschlag, die immensen Kriegskosten eine Fehlinvestition und die angestrebten Ziele in unerreichbare Ferne gerückt sind. Das begonnene Projekt kann nicht einfach auf halbem Wege beendet werden, Truppen, die in Marsch gesetzt wurden, können nicht unverrichteter Dinge wieder nach Hause geholt werden.
5. Eine Eigendynamik entwickeln darüber hinaus diejenigen, die unmittelbar vom Krieg profitieren: Die Rüstungsindustrie, deren Auftragsbücher nie so voll sind, wie in Kriegszeiten, und speziell bei Afghanistan auch die vielen NGOs, die zu Tausenden in Kabul ihren „humanitären“ Geschäften nachgehen. Die afghanische Hauptstadt ist ein El Dorado für NGOs aus aller Welt, insbesondere aber der westlichen Welt geworden. (ca. 80 Prozent der staatlichen und privaten Spenden kommen nicht der Bevölkerung zu Gute, sondern dienen der Selbsterhaltung der Organisationen.)
6. Für die NATO, das größte Militärbündnis in der Geschichte der Menschheit, scheint ihre weitere Existenz von einem erfolgreichen Abschneiden im Afghanistankrieg abhängig zu sein. Bei einer militärischen Niederlage stünde das ganze Bündnis zur Disposition, zumindest hätte es unter einem enormen Glaubwürdigkeits- und Legitimationsschwund zu leiden. An Glaubwürdigkeit würde die NATO aber auch einbüßen, wenn sie den Krieg mit allen Mitteln weiter führen würde und dabei noch eklatanter gegen jedes Kriegsvölkerrecht verstoßen müsste. Aus diesem Dilemma gibt es kein Entrinnen und alle gegenwärtigen Versuche, mittels Kriegverschärfung oder geheimen Verhandlungen mit den Taliban diesem Dilemma zu entkommen, sind zum Scheitern verurteilt.

Ausblick

Die Lösung des Konflikts kann nur in der Einstellung der Kampfhandlungen (Waffenstillstand) und einem bedingungslosen Abzug der Besatzungstruppen bestehen. Dies entspricht auch dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung in den NATO-Staaten.

Die Beendigung des Krieges und der Abzug der Interventionstruppen sind alternativlos, weil damit eine wesentliche Quelle der Feindseligkeiten und der bewaffneten Kämpfe beseitigt wäre. Doch damit kehrt noch nicht der Frieden ein. Neben dem von außen aufgezwungenen Krieg herrscht in Afghanistan eine Art Bürgerkrieg, dessen Wurzeln teils in die Vor-Taliban-Zeit zurückreichen, teils durch die Invasion des Westens neu ins Land gebracht wurden. Sie hängen mit der um sich greifenden Kriegs- und Drogenökonomie sowie mit den neu entstandenen Strukturen einer Korruptions- und Klientelwirtschaft zusammen. Hier Abhilfe zu schaffen, ist eine ureigene Angelegenheit der Afghanen, die sich nun – ohne ausländische Einmischung – „zusammenraufen“ müssen.

Land und Volk am Hindukusch dürfen sich nicht selbst überlassen werden. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass diejenigen, die den Krieg ins Land getragen haben und für einen Großteil der materiellen Zerstörungen und der immateriellen Schäden verantwortlich sind, sich am zivilen Wiederaufbau beteiligen. Diese Hilfe muss ausschließlich ziviler Natur sein und dort erfolgen, wo die betroffene Bevölkerung bzw. ihre legitimen Vertretungen entsprechende Bedürfnisse und Wünsche äußern.

Voraussetzung für jegliche Entwicklung ist die volle Souveränität Afghanistans. Was die Zivilgesellschaft (aber auch Regierungen) tun kann, sollte sie auf Wunsch von und in Abstimmung mit afghanischen Partnern (Regierung, Provinzverwaltungen, lokale Akteure etc.) tun. Der Wiederaufbau Afghanistans ist eine Herkulesaufgabe. Das Tröstliche dabei: Er wird nur einen Bruchteil dessen kosten, was der Krieg bisher gekostet hat.

Alfred Keienburg

(Die Veröffentlichung des vollständigen Vortrages von Dr. Peter Strutynski erfolgt demnächst unter dem Titel „Sackgasse Afghanistan: Ein Krieg unter falschen Vorzeichen“)

Kein Verteidigungsbedarf

Mit großer Mehrheit stimmten im Rahmen der Abschlussveranstaltung der Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt am Sonntag, dem 19.09.2010, in Essen die meisten Beteiligten gegen den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch, um ihre eigene Sicherheit verteidigen zu lassen.

Am pax christi Stand wurden engagierte Diskussionen geführt. Ein großer Teil der Standbesucher gab seine Stimme ab. 80 votierten mit „NEIN meine Sicherheit wird NICHT am Hindukusch verteidigt!“ und 7 votierten mit „JA meine Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt!“.

Alfred Keienburg



Foto: Alfred Keienburg

Afghanistan: „Vernetzte Sicherheit“ – Militarisierung der Hilfe

Im Rahmen der ökumenischen Friedendekade 2010 mit dem Thema „Es ist Krieg Entrüstet euch!“ hat pax christi im Bistum Essen Jürgen Lieser, Caritas International, am 5. November zu einem Vortrag in die VHS Essen eingeladen.

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan „zur Errichtung einer stabilen Demokratie“ und zur „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ hat sich schon längst zu einem Desaster entwickelt. Verzweifelt suchen die verantwortlichen Politiker nach neuen Strategien bzw. nach neuen Schlagworten um die Wahrheit nicht aussprechen zu müssen. Vom „zivilen Aufbau“ über das Eingeständnis eines „kriegsähnlichen Einsatzes“ sind wir nun beim Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ angelangt, welches ein koordiniertes Zusammenwirken politischer, militärischer und ziviler Kräfte vorsieht. Im Klartext: Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich dieser Zusammenarbeit verweigern, erhalten keine finanziellen Mittel der Bundesregierung mehr.

Gleich zu Beginn seines Vortrags stellt Jürgen Lieser, Mitarbeiter bei Caritas International und stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) klar, dass sich das dramatischer anhört als es ist. Es geht um 30 – 50 Millionen Euro, die auf ca. 12 deutsche Hilfsorganisationen aufgeteilt werden.

Lieser skizziert zunächst die aktuelle humanitäre Lage in Afghanistan:

Das Land steht nach dem Human Development Index trotz der bisher eingesetzten Mittel auf Rang 181 (von 182). 9 Millionen Menschen, das entspricht 36%, leben in absoluter Armut, 5 Millionen verfügen über weniger als \$ 2 pro Tag.

Afghanistan weist die höchste Kindersterblichkeitsrate der Welt auf und ist das einzige Land, in dem Frauen eine geringere Lebenserwartung haben als Männer.

30 Jahre Krieg haben die Landwirtschaft zerstört, die geographischen und ethnischen Voraussetzungen sind denkbar ungünstig für eine stabile Zentralregierung; erhebliche

ausländische Einmischung unter Ausspielen der Bevölkerungsgruppen untereinander haben zu einer starken Zersplitterung beigetragen.

Trotz der Anwesenheit von mittlerweile 120.000 ausländischen Soldaten sind die Hauptziele von Enduring Freedom nicht erreicht: Weder kann die Zivilbevölkerung ausreichend geschützt werden noch ist die Macht von Al Kaida und Taliban gebrochen. Im Gegenteil ist die Sympathie für radikale Bewegungen gewachsen.

Als eventuell positiv zu bewertende Entwicklungen sieht Lieser die neue Verfassung, die durchaus demokratische, aber auch zahlreiche Scharia-nahe Elemente enthält, und die Parlamentswahlen, die erstmals 2005 abgehalten werden konnten.

Insgesamt aber zeichnet er ein sehr pessimistisches Bild: Der Militäreinsatz hat zu einer weiteren Destabilisierung der gesamten Region einschließlich der Atommacht Pakistan geführt und zu einer verstärkten Bewaffnung oppositioneller Gruppen. Von den 10-12 Nichtregierungsorganisationen, die in Afghanistan tätig und die im Übrigen über VENRO gut vernetzt sind, verweigern deshalb fast alle die zivil-militärische Zusammenarbeit. Diese schützt weder die internationalen noch die zahlreichen lokalen Mitarbeiter, die in zivilen Aufbauprojekten tätig sind. Ein Sicherheitskonzept für diese Helfer bracht eine Vertrauensbasis in der Bevölkerung, das war auch schon zu Zeiten der Talibanherrschaft so.

Gabriele Wulfers



Jürgen Lieser

Solidarität mit den Christen im Irak

Schweigemarsch in der Essener Innenstadt und Gottesdienst
im Essener Dom am 30. November 2010



Der Überfall auf die katholische Kirche Sayidat al Najat (Unsere Liebe Frau der Erlösung) in Bagdad und die blutige Geiselfreiung mit mehr als 50 Toten am 31. Oktober 2010 war der Anlass, gegen die Gewalt gegen die Christen im Irak auf die Straße zu gehen. Auf Initiative von Weihbischof Franz Vorrath haben das Bistum Essen, die Chaldäisch-katholische Gemeinde in Essen-Katernberg, der Caritasverband für das Bistum Essen und pax christi im Bistum Essen dazu aufgerufen, nicht länger tatenlos zusehen, wie Menschen im Irak aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit Tag für Tag Opfer von Gewalt werden und die Christen im Irak von Auslöschung bedroht sind.

Dem Aufruf, dies durch einen Schweigemarsch in der Essener Innenstadt zum Ausdruck zu bringen und für die Opfer und für ein Ende der Gewalt zu beten, waren am 30.11.2010 ca. 500 Menschen, trotz ungemütlicher Minusgrade und eisigem Wind, gefolgt. pax christi war gut sichtbar durch Fahnen und Mitglieder, die die vorbereiteten Sandwiche trugen, vertreten. Zu Beginn des

Schweigemarsches wurden von den Veranstaltern Erklärungen abgegeben, ebenso von Politikern (Bärbel Beuermann/Fraktionsvorsitzende Die Linke im Landtag NRW und Thomas Kufen/Fraktionsvorsitzender der CDU im Rat der Stadt Essen). Für pax christi sprach Alfred Keienburg. Der ungekürzte Redetext und der Aufruf können auf unserer Homepage unter [www. nachgelesen werden](http://www.nachgelesen werden). Lesenwert ist auch der Bericht auf der Homepage des Bistum Essen www.bistum-essen.de/start/nachrichtenueberblick/, wobei die Nachricht vom 1. Dezember 2010 „Terror und Gewalt sind ein Verbrechen“ zu wählen ist.

Im Anschluss an den Schweigemarsch fand ein beeindruckender zweisprachiger Gottesdienst im Essener Dom statt, der vielen durchgefrorenen Teilnehmern auch Gelegenheit zum Auftauen bot. Weitere Informationen können dem nachfolgenden Korrespondentenbericht der KNA entnommen werden.

Alfred Keienburg

Und bis wir uns wieder sehen, halte Gott dich fest in seiner Hand.

So steht es über der Todesanzeige von **Margret Gerlach**, die am 3.11.2010, im Alter von 66 Jahren, plötzlich verstorben ist. Seit den 1980er Jahren war sie zusammen mit ihrem Mann Klaus pax christi Mitglied und bis Ende der 1990er Jahre in der Gruppe Gelsenkirchen-Rotthausen aktiv. Ihr Wirken und ihre herzliche Freundlichkeit bleiben der Bewegung in lebendiger Erinnerung.

Am 26.11.2010 ist im Alter von 79 Jahren auch der ehemalige Official des Bistums Essen, **Dr. Willi Astrath**, verstorben. Er war in den 1980er Jahren Geistlicher Begleiter der pax christi Gruppe Essen-Mitte und beriet junge Männer in Fragen der Kriegsdienst-Verweigerung.

Korrespondentenberichte KNA

Essener schweigen für den Frieden

Rund 500 Menschen demonstrieren wortlos gegen Terror im Irak

Von Björn Odendahl (KNA)

Essen (KNA) „Gegen Terror und Gewalt im Irak“ und „Keine Gewalt gegen Christen“ steht auf den Schildern der rund 500 Demonstranten, die sich an diesem Dienstagabend in der Essener Innenstadt versammelt haben. Das Bistum Essen, der Essener Caritasverband, die katholische Friedensbewegung Pax Christi und die Chaldäisch-katholische Gemeinde in Essen-Katernberg bekunden mit einem Schweigemarsch ihre Solidarität mit den Christen im Irak.

Gekommen sind Deutsche und Iraker, Kirchenvertreter und Politiker. Sie alle trotzen Wind und Wetter und ziehen wortlos bei Temperaturen um den Gefrierpunkt vom Essener Hirschlandplatz durch die Innenstadt bis zum Dom. „Wie Freiwild“ würden die Christen im Irak behandelt, sagt der Essener Weihbischof Franz Vorrath vor dem Beginn des Schweigemarsches. Die Terroranschläge zielten auf die Vertreibung und Ermordung aller Christen im Irak und könnten am Ende einem Völkermord gleichkommen. Daher fordert Vorrath die irakische Regierung auf, sich für die Sicherheit der Christen und anderer Minderheiten einzusetzen. Doch er appelliert auch an EU und Bundesregierung. Vor allem den Flüchtlingen, die in den kurdischen Norden des Irak oder die Nachbarländer Syrien und Jordanien geflohen seien, müsse geholfen werden. Das Schweigen und Gedenken an diesem Abend solle jedoch nicht nur den Opfern gelten. „Wir beten auch für die Täter, dass sie umkehren vom Weg der Gewalt.“

Raad Waschan Sharafana ist Pfarrer der Chaldäisch-katholischen Gemeinde in Essen-Katernberg. Er bedankt sich für die Anteilnahme, übt jedoch auch scharfe Kritik. „Die Christen im Irak leiden unter Diskriminierung und Massakrierung.“ Der Anschlag vom 31. Oktober, bei dem mehr als 50 Menschen getötet wurden, sei den Terroristen nicht genug gewesen. Zehn Tage später sprengten sie Wohnhäuser, in denen Christen lebten. Wieder habe es unschuldige Opfer gegeben, wieder seien Menschen gestorben, sagt der Pfarrer. „Darunter Frauen und Kinder, die im Schlaf überrascht wurden.“ Wenn die Welt jedoch weiter nur zuschauen werde, werde es so weitergehen, bis es keine Christen mehr im Irak gebe. Einzig Jesus, der Erlöser, schenke den Gläubigen im Irak noch Kraft und Hoffnung. Eine Statue des Gekreuzigten ist es auch, die von Mitgliedern der Chaldäisch-katholischen Gemeinde bis zum Essener Dom an der Spitze des Marsches vorangetragen wird.

Einen Seitenhieb gegen die amerikanische Regierung verteilt Alfred Keienburg, Sprecher von Pax Christi im Bistum Essen. Die Spannungen im Irak seien durch den Einmarsch der USA im Jahr 2003 verstärkt worden. Diktatur, Bürgerkrieg und Besatzer machten ein normales Leben schwierig. Daher fordere er Politiker, Religions- und Kirchenführer dazu auf, „das ihnen Mögliche für eine friedliche Entwicklung im Irak zu tun, und die Menschen dort, vor allem die Christen, nicht im Stich zu lassen“.

Thomas Kufen, CDU-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Essen und früherer Integrationsbeauftragter der Landesregierung, bezeugt Anteilnahme vor allem am Leid der Iraker in Essen. Sie seien in eine Stadt gekommen, die offen für Flüchtlinge sei und die sich durch Nächstenliebe auszeichne. Und ihre Ängste um Angehörige und Freunde im Irak seien auch die Ängste der übrigen Essener Bürger. In Anlehnung an die Worte von Bundespräsident Christian Wulff, der betont hatte, der Islam gehöre zu Deutschland, sagt Kufen: „Die Iraker gehören zu uns und das Christentum zum Irak.“ Im Anschluss an den Schweigemarsch finden sich die rund 500 Teilnehmer zu einem Wortgottesdienst im Essener Dom ein. Verständigungsprobleme mit den irakischen Christen gibt es an diesem Dienstagabend in der Kirche nicht. Der Gottesdienst wird auf deutsch und arabisch gehalten.

(KNA - lklmkl-ld-1327.33oi-1)

Zum Schweigemarsch „Solidarität mit den Christen im Irak“ am 30.11.2010 in Essen

Redemanuskript

vorgetragen von Alfred Keienburg, Sprecher der Internationalen Katholischen Friedensbewegung pax christi im Bistum Essen

(Autorin: Gabriele Wulfers, verhindert durch Erkrankung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Anlass für unseren heutigen Schweigemarsch ist ein sehr trauriger und gleichzeitig ein sehr dringlicher:

Wir wollen gemeinsam der Opfer des Massakers in der chaldäischen Kirche Sayidat al Najat gedenken und für den Schutz aller Christen im Irak unsere Stimme erheben.

- Wir gedenken voller Trauer der Opfer des Massakers vom 31. Oktober
- Wir denken an die Menschen, die vor Anschlägen und Überfällen geflüchtet sind
- Wir teilen die tiefe Trauer mit allen Mitgliedern der chaldäischen Gemeinde aus Essen-Katernberg um die Getöteten und die Ängste und Sorgen um Angehörige und Freude im Irak.
- Wir verurteilen auf das Entschiedenste den Terror gegen Christen und andere friedliebende Menschen im Irak.

Wie in vielen anderen Konfliktregionen wird auch im Irak die Religion missbraucht, um brutal und gewalttätig eigene Interessen durchzusetzen.

Wie in vielen anderen Konfliktregionen haben die Spannungen zwischen religiösen und ethnischen Gruppierungen eine lange Geschichte, in die westliche

Staaten mit schlimmen Folgen eingegriffen haben.

Zuletzt hat die von den USA geführte völkerrechtswidrige Invasion in den Irak im Jahr 2003 die bereits bestehenden internen Spannungen noch verstärkt. Seitdem sind die Christen im Irak als angeblich Verbündete des Westens dem Hass von Extremisten ausgesetzt. Diktatur, Bürgerkrieg und die Präsenz ausländischer Truppen und Söldnerheere haben eine Gesellschaft geschaffen, die von Gewalt als Normalerfahrung geprägt ist.

Wo sind Zeichen der Hoffnung? So fragen wir. Gibt es sie?

Vielleicht kann die neu zu bildende Regierung ein Hoffnungszeichen sein:

Wir richten von hier aus Essen den dringenden Appell an die politischen Verantwortungsträger im Irak, z.B. an Ministerpräsident Maliki, an Staatspräsident Talabani und an den Führer der größten Partei Al-Iraqiyya, Allawi: Nehmen Sie unverzüglich den Kampf gegen Terror, Willkür und Gewalt gegen einzelne und Gruppen, gegen Christen und natürlich auch gegen alle anderen Iraker entschieden und mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf.

Ein weiteres Hoffnungszeichen kann die irakische Verfassung sein:

Sie schützt ausdrücklich die Rechte von Minderheiten. Sie garantiert z.B. in Artikel 2 die Freiheit des Glaubens und der Religionsausübung für Christen, Yeziden und Mandäer, und in Artikel 3 erkennt sie die Tatsache an, dass der Irak aus verschiedenen Nationalitäten besteht.

Wir fordern die Verwirklichung dieser verfassungsmäßig garantierten Rechte.

Ein weiteres Hoffnungszeichen existiert bereits in der Mitte der Bevölkerung:

Das Netzwerk La Onf (das ist arabisch und heißt: keine Gewalt) wurde 2006 gegründet und besteht aus 150 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Individuen. Durch kulturelle Aktivitäten, Informationen, Demonstrationen und symbolische Aktionen wollen die Netzwerkmitglieder in der irakischen Gesellschaft für die Idee der Gewaltfreiheit werben und sensibilisieren.

Dieses Netzwerk muss unterstützt und gefördert werden, damit immer mehr Menschen im Irak den Mut finden, sich der Gewalt entgegenzustellen.

Schließen möchte ich mit unserer Forderung an alle Menschen, Politiker, Religions- und Kirchenführer, Privatleute, an alle, die über Macht und Einfluss und Geld und Wissen verfügen:

- Tun Sie das ihnen Mögliche für eine friedliche Entwicklung im Irak
- Tun Sie es für die Menschen dort, vor allem für die Christen

Wir dürfen sie nicht im Stich lassen!

Jürgen Rose, Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt?, Hannover 2009.

Eine Buchbesprechung

Es gibt Themen von allgemeiner Bedeutsamkeit, die in unserer öffentlichen Diskussion wenig Aufmerksamkeit erfahren. Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr und Publizist, beleuchtet in seinem Buch sachkundig und kompetent die wenig diskutierte neue Ausrichtung der Bundeswehrdoktrin in Richtung auf globalen Einsatz, die 1991 mit der Ansage begann, die Bundesrepublik werde „ihre Interessen weltweit auch militärisch durchsetzen müssen“. Als globale „Herausforderungen“ wurden benannt: „Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität, die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“. Jürgen Rose nennt dieses militärische Konzept der Bundeswehr „Planung und Durchführung von Angriffskriegen“.



Militärische Interventionen stehen für Jürgen Rose im Gegensatz zum Verfassungsauftrag, der streng an das Völkerrecht gebunden ist. Rose weist darauf hin, dass die deutsche Politik bis heute versäumt habe, den Verfassungsauftrag klar und unmissverständlich in die Strafgesetzgebung zu überführen, was Verurteilungen wegen Kriegsverbrechen geradezu ausschließe.

Das Buch wendet sich an ein breites Leserpublikum und leistet einen sachkundigen Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung über das Militär in der heutigen deutschen Politik. Wer sich gegenwärtig darüber wundert, dass es anscheinend nur wenige beunruhigt, dass deutsche Soldaten wieder an verheerenden Kriegshandlungen beteiligt sind, wird mit großer Aufmerksamkeit die vielen allgemein unbekannten Details zum Thema Militär und Militärpolitik in Roses Buch zur Kenntnis nehmen.

Inge De Caerlé

2010/2011

Neue Freiwillige für Norte Potosí



In der zweiten Runde des Freiwilligenprojekts SeitenWechsel der Zentralabteilung für Weltkirche und Mission des Bistums, des Sachausschusses Mission – Entwicklung – Frieden der Oberhausener Pfarrei St. Marien und von pax christi sind im August dieses Jahres Patricia Kosubeck und Lisanne Abouche nach Norte Potosí aufgebrochen. Wie ihre beiden Vorgängerinnen begann ihr Jahr in Bolivien zunächst mit einem mehrwöchigen Aufenthalt in Cochabamba – als Zwischenstation „auf halber Höhe“ und um einen intensiven Spanischkurs zu absolvieren. Beide haben sich gut und schnell in der Stadt eingelebt und die Offenheit und Herzlichkeit der Menschen dort zu schätzen gelernt.

Der erste Kontakt zu den Menschen, mit denen Lisanne und Patricia arbeiten sollten, geschah per Funkgerät – eine ziemlich quäkige und verrauschte Verbindung übertrug die ersten Brocken

Spanisch der beiden Freiwilligen nach Karipuyo und Sakaka.

Leider ging es nach dem Aufbruch ins Andenhochland nicht für beide Freiwillige so positiv weiter, wie es in Cochabamba begonnen hatte: Patricia kam in Sakaka auf 3.900 m Höhe nicht gut zurecht. Sie entschied daher, ihren Einsatz abubrechen und nach Deutschland zurückzukehren. Die Kluft zwischen den Lebenswirklichkeiten in Deutschland und dem bolivianischen Andenhochland ist eben extrem groß – in klimatischer, kultureller und infrastruktureller Hinsicht. Trotz guter Vorbereitung besteht immer das Risiko, dass jemand diese Kluft nicht überwinden kann. Bei Patricia war dies leider der Fall. Sie ist mittlerweile wieder zurück in Deutschland.

Anders Lisanne, sie ist mittlerweile in Karipuyo gut angekommen. Wir drucken im Folgenden ihren letzten Bericht über ihre bisherigen Erfahrungen ab.

Michael Sprünken



Haus in Challuwiri



Lisanne, Patricia und eine Cholita

Caripuyo vom 14. September bis zum 12. Oktober

Nachdem wir also fünf Wochen in Cochabamba verbracht haben, ging es nach unserem Spanischkurs ab in die Berge nach Norte de Potosi. Wir brachen zusammen mit Padre Carlos auf; nach 4,5 Stunden Fahrt kamen wir sicher in Sakaka an. Am nächsten Tag kamen Hermano Santi und Padre Joseba, die mich abholten, damit wir gemeinsam nach Caripuyo fahren konnten. Diese Fahrt dauerte nur knapp zwei Stunden. Nun war ich also angekommen in „meinem“ 200 - Seelen Dorf auf 3300 m Höhe, weit weg von der Stadt in der Stille der Anden. Bis jetzt durfte ich vieles erleben, vor allem konnte ich die Kinder und Jugendliche des Hogar Internado Campesino – San Antonio Maria Claret kennenlernen. Im weiteren Bericht werde ich den Tagesablauf ein wenig schildern: Zurzeit leben 90 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren im Internat. Die Verteilung zwischen den Geschlechtern ist ausgewogen. Die Kleinen, die erst knapp ein Jahr im Internat sind, können noch nicht gut spanisch sprechen, da ihre Muttersprache Quechua oder Aymara ist. Das Schuljahr beginnt immer im Februar und endet Ende November. Im Dezember und Januar gehen die Kinder und Jugendlichen nach Hause in ihre Comunidades, um bei ihren Familien die freie Zeit verbringen zu können. Der Tag beginnt für alle zwischen sechs und sieben Uhr, die Kinder waschen sich, machen sich fertig für den Tag. Um halb acht beginnt das Morgengebet und dauert eine halbe Stunde, bis es um acht Uhr dann ans Frühstück geht. Die Schule, die sich neben dem Internat befindet, beginnt um halb neun und endet um halb zwölf. Dann kommen alle zurück ins Internat und gegen halb eins wird dann zu Mittag gegessen. Der zweite Teil der Schule beginnt um halb zwei und endet je nach Altersstufe um drei, vier oder fünf Uhr. Nach der Schule gibt es dann noch einmal etwas zu essen und danach beginnt der Nachhilfeunterricht in Sprache, Mathematik etc. An ihm nehmen so gut wie alle teil. Mittlerweile ist es schon sechs Uhr, eine halbe Stunde, bevor die Dunkelheit hereinbricht. Um halb sieben gibt es Abendessen

und danach werden die Hausaufgaben erledigt. Zwischendurch, oder am Abend finden verschiedene Aktivitäten und Arbeiten statt. Die Kinder und Jugendlichen helfen der Köchin das Essen vorzubereiten, backen Brot, lernen Gitarre spielen oder spielen Fuß- und Basketball. Zwischen neun und zehn Uhr müssen dann alle schlafen. Am Samstagmorgen ist Washtag, da gehen alle zum Fluss und waschen ihre Kleider. Sonntags morgens wird alles geputzt und am Abend wird ein Film angeschaut.

Wenn Gäste kommen oder auch an dem Abend, an dem ich hier ankam, werden Tänze und Theaterstücke aufgeführt und Lieder gesungen. An einem Wochenende kamen zum Beispiel Jugendliche aus Sakaka zusammen mit Padre Carlos. Am nächsten Tag fanden dann verschiedene Sportturniere statt.

In der Zeit, in der ich hier bin, konnte ich außerdem schon zwei Comunidades besuchen in denen Joseba und Santi mit den Kindern Kommunion feierten. Letzten Sonntag feierten wir in Caripuyo Konfirmation. Auch zu diesem Anlass kamen viele Gäste und alle aßen nach der Feier zusammen.

Im Oktober wird auch die 40-jährige Anwesenheit und Arbeit der Claretiner Padres in Norte de Potosi gefeiert. Zu diesem Anlass gibt es eine Festwoche, die nun gerade beginnt.

Ich fühle mich sehr wohl und auch gesundheitlich läuft alles super. Die Höhe macht mir nichts aus und das Essen vertrage ich gut. Bis jetzt ist also alles in Ordnung und ich freue mich auf den nächsten Monat und bin gespannt, was ich Euch berichten kann.

Lisanne Abouche